

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher). Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verteilungsträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Forquastr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Abnehmer auf Veranlassung bezgl. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 3 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Goldpfennig, im Reklameteile 5 Goldpfennig (einschl. Umlagesteuer). Sonntags- und abendlicher Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erledigt. Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

№. 86.

Sonnabend, den 27. Oktober 1923.

26. Jahrg.

## Chronik des Tages.

- Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Reparationskommission den Antrag gestellt, in eine Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten.
- Am kommenden Montag werden sämtliche Ruhrzonen besetzt.
- Die Wehrhandkraft des Auftrages in Hamburg ist durch die Polizei und die Marinemannschaften beschützt worden.
- Zwischen dem Ministerium sollen Verhandlungen zur Wiedereinrichtung einer allgemeinen Reparationskonferenz im Gange sein.
- Der französische Rufschrei über die in der Pfalz kann nicht mehr angehen.
- Gegen die Pfälzer Godberattler wird Anklage wegen Verherrlichung erhoben.
- In Straßburg kam es zu verlustreichen Kämpfen zwischen Polizei und Sonderbündlern.
- Die deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlichen eine Erklärung, in der sie die jetzige Fassung des Arbeitsgesetzes für unzureichend erklären.
- Amstlicher Berliner Tollrats vom 25. Oktober: 04 987 500 000 Gct., 65 162 500 000 Brief.

## Die Abfuhr in der Pfalz.

In der bayerischen Rheinpfalz ist durch das mannigfaltige Verhalten des Reichsparlamentes ein Unbehagen verbreitet worden, dessen Gelingen für das Schicksal des linken Rheinufers ohne jeden Zweifel entscheidend gewesen wäre. Mehrere pfälzische Sozialisten, darunter der frühere bayerische Ministerpräsident Hofmann, haben versucht, die Pfalz von Bayern loszutrennen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Ein Aufbruch der sozialdemokratischen Partei der Rheinpfalz gibt die Gründe bekannt, die die Sozialdemokraten zu diesem Entschlusse veranlaßt haben. Die Pfalz, so erklärt der Aufbruch, dürfe nicht mehr bei Bayern bleiben, weil Bayern die Verfassung gebrochen habe. Um die Trennung der Pfalz von Bayern durchzuführen, riefen die Führer der pfälzischen Sozialdemokraten den französischen Gegner gegen den parteipolitischen Gegner zu Hilfe. Sie legten sich mit dem Militärgegnern der Pfalz, General Drey, in Verbindung, um mit dessen Hilfe die Gründung einer Pfalzrepublik im Verbände des deutschen Reiches zu vollziehen. Der französische General, der schon seit langem mit allen Mitteln die Loslösung der Pfalz vom Reich betreibt, suchte sofort die günstige Gelegenheit zu benutzen, um seinen langgehegten Ziele näher zu kommen und mit feinen Annexionsplänen offen hervorzutreten. Er ließ den pfälzischen Kreistag einberufen und durch den Mund des Ministers Drey, des französischen Vertreters der Rheinpfalz, die „offizielle Erklärung“ abgeben, daß aus der Pfalz ein autonomer Staat unter Loslösung von Bayern und außerhalb des deutschen Reiches gebildet werde. Der französische General hat sich dabei eine ähnliche Abfuhr geholt, wie sie die Separatisten am Rhein erlitten haben. Der pfälzische Kreistag hat einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, die Forderung des französischen Generals auf Unabhängigkeitserklärung der Pfalz abgelehnt. Mit dem treu deutschen Pfälzer Volk lehnen die Reichsregierung, die bayerische Regierung und das gesamte deutsche Volk die Bildung eines autonomen pfälzischen Staates von Frankreichs Gnaden als Landesverrat entschieden ab.

Geradezu unerhört ist das Verhalten der drei führenden pfälzischen Sozialisten, deren Vorgehen tief Empörung und Enttäuschung auslösen muß. Es kann sie nicht entschuldigen, daß sie nicht daran dachten, die Pfalz außerhalb des Reichesverbandes zu stellen, daß sie nur einen Abfall der Pfalz von Bayern, nicht vom Reich, beabsichtigten. Ihr Verbrechen war es, daß sie mit den Franzosen Pöhlung nahmen, die ihnen lediglich das Wort im Munde verbedröhten und am Sonntag eine Autonomie und Selbständigkeit schloßweg ohne jede Reichsbeziehung erklären wollten. Eine Zusammenarbeit mit unsrem Vorkindem ist angefohlen der offenkundigen Verleumdungs- und Verächtlichmachung der Franzosen ein Frevel am ganzen Volke, der, wie das Verhalten des französischen Generals zeigt, unabsehbare Folgen zeitigen kann.

Die bayerische Regierung hat der pfälzischen Bevölkerung für ihr handfestes Verhalten, ihre Treue

und ihre Unabhängigkeit den Dank des bayerischen Volkes und höchste Anerkennung ausgesprochen, zugleich mit der Versicherung, daß der Pfalz ihre Treue zur bayerischen und deutschen Heimat unvergessen bleiben wird. Ueber die bayerischen Grenzen hinaus wird man überall im deutschen Reich den Pfälzern Dank dafür wissen, daß ihr gesunder Sinn, ihre Treue und ihr gesunder Glaube ihr trotz tiefsten Unquats geliebtes Vaterland die verabscheuungswürdigen Anschläge verweigert haben.

## Antrag an die Repko.

Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit. Die bereits vor einigen Tagen angekündigte Note der Reichsregierung an die Reparationskommission ist am 24. Oktober in Paris überreicht worden. In der Note wird zunächst festgesetzt, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes auch die Entschliebung der Reichsregierung über die Einstellung der Reparationsleistungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinsichtlich der Pfalz. Im Anschluß daran erklärt sich die deutsche Regierung grundsätzlich bereit, die Leistungen aus dem Vertrage von Versailles an diese Mächte wieder aufzunehmen, weist jedoch darauf hin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen haben, jetzt die Verbindlichkeiten aufzunehmen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Vertrage von Versailles erforderlich sind. Infolge der Ruhrbesetzung und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrreviers von Deutschland sei eine grundlegende Veränderung in den Verhältnissen eingetreten, so daß die deutsche Regierung jetzt tatsächlich außerstande sei, die Finanzierung der Zahlleistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.

Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Vertrages von Versailles in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen, sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen.

Am Schluß der Note wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen zur Regelung der Reparationen der Reparationskommission demnächst schriftlich mitteilen werde. Gleichzeitig enthält die Note die Anregung, den deutschen Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern. Der Note ist ferner die betante Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentenbank zur Kenntnisnahme beigelegt.

## Die Reparationskommission berät die Note.

Nach einer Pariser Meldung wird die Reparationskommission voraussichtlich am Freitag darüber beraten, ob sie dem Ersuchen Deutschlands (sogleich) nachtreten oder seine Erörterung bis zur effektiven Wiederaufnahme der Zahlleistungen vertragen will.

## Reich und Bayern.

Auf dem Wege zur Verständigung. An Stelle der geplanten Reichstagsitzung, in der die bayerische Frage besprochen werden sollte, fand am Mittwoch nachmittags eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Generäle der Länder in der Reichstagskanzlei statt. Neben der bayerische Generäle b. Prager ist bayerische Ministerpräsident und der Reichskanzler Dr. Stresemann den Standpunkt der Reichsregierung darlegte hatte, wurde nach mehrwöchiger Beratung folgende Erklärung einstimmig angenommen:

„In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung; sie halten eine schnelle Regelung der Personalfragen für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, ver-

langen die Länder einmütig die baldige Annahme des militärischen Ausnahmezustandes in einem zivilen. Am Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden.“

Im Anschluß hieran gab der Staatspräsident Dr. Sieber dem Wunsch Ausdruck, daß sich das Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, um schnellstens wieder normale Verhältnisse herbeizuführen.

Der Reichskanzler erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern die Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung ist ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage der größeren Selbständigkeit der Länder zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu gehen sei. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten, den Ausnahmezustand aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

## Stillelegung aller Ruhrzonen.

Lebhaftig Postarbeiten werden verrichtet. Die Ruhrindustriellen haben beschlossen, vom kommenden Montag an alle Betriebe des rheinisch-westfälischen Bergbaus zu schließen. An sämtliche Zechen ist ein Mandatschreiben ergangen, alle Zerküste und Ausschichten an diesem Tage der Gewerkschaften zuzuführen. An den Betrieben werden lebhaftig keine Teile der Bergschichten zurückbleiben, die zur Sicherung der Anlagen dienen. Ob auch die mit Hollandlieferungen beauftragten Zechen von der Stilllegung betroffen werden, steht noch nicht fest.

Dieser schwerwiegende Beschluß ist die Folge der ergebnislosen Verhandlungen, die sowohl die Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer mit den Verhandlungsbeobachtern geführt haben. Die Franzosen haben ihre Forderungen vollständig aufrecht erhalten. Obwohl die Kohlensteuer durch die Reichsregierung aufgehoben ist, verlangen sie von den Industriellen auch weiterhin die Entrichtung der Steuer an die Befugnissebehörden. Ferner bestanden sie auf der kostenlosen Lieferung der Reparationsstoffe. Beide Bedingungen sind völlig unausführbar. Eine weitere Befestigung mit der Kohlensteuer würde der Ruhrindustrie jede Arbeitsmöglichkeit nehmen. Eine kostenlose Lieferung der Ruhrstoffe an die Ministerien kann aber erst recht nicht in Frage kommen, da die Industrie nach Einstellung der Lohnversicherungen durch das Reich die Mittel für die Löhne der Beschäftigten nicht aufzubringen vermag. So sehen sich die Industriellen gegen ihren Willen zu der Schließung ihrer Betriebe gezwungen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Schließen der rheinisch-westfälischen Industrie für das Ruhrgebiet Erschütterungen schwerer Art zur Folge haben wird. Verantwortung dafür trifft die Franzosen, die durch ihre unangenehme Haltung diese verhängnisvolle Wendung herbeigeführt haben.

## Der Kampf am Rhein.

Die Sonderbündler wieder in Aachen. In verschiedenen rheinischen Städten haben die Franzosen und Belgier nach anfänglicher Zurückhaltung jetzt ganz offen die Partei der Sonderbündler ergriffen und treten sogar mit Waffengewalt der deutschen Schutzpolizei entgegen. In Aachen sind die Sonderbündler, nachdem sie schon verhaftet waren, wieder eingedungen und haben unter dem Schutze des Belagerungszustandes Waffen herbeigeschafft. Donnerstag früh 6 Uhr unternahm die deutsche Polizei einen Versuch, das von den Sonderbündlern besetzte gebaute Regierungsgebäude zu entsetzen. Ein Teil der Sonderbündler wollte sich ihnen ergeben, als plötzlich belgische Gewerksamer und Soldaten eingriffen und auf die Schutzpolizei das Feuer eröffneten. Der Schwaib wichtigste Teil der Polizei wieder aus dem Gebäude heraus. Mehrere Beamte

wurden durch Schüsse verletzt. Der stellvertretende Polizeipräsident ist ausgewiesen worden. Die Medizinische Hochschule ist von der Rheinlandkommission gelöst worden. Alle auswärtigen Studenten müssen Klagen sofort verlassen. Das belgische Militär tritt unbeschränkt für die Sonderländer ein. Die Gewerkschaften haben den Generalkonflikt proklamiert.

### Das Arrest der Kathaus von den Sonderländern

Die Separatisten haben Mittwoch nachmittag nach schwerem Kampfe das von den Schulreuten verteidigte Rathaus gestürmt. Der Kampf setzte Dienstag abend 8 Uhr ein und hielt ohne Unterbrechung bis Mittwoch mittag an. Die Sonderländer errichteten durch Unterstützung von Sanitätskräften, riefen den Militärgeistlichen und das Streifenpolizei auf und besaßen das Rathaus mit Handgranaten. Die Sonderländer benutzten sogar Planenwerfer (1), über deren Herkunft kaum ein Wort verloren zu werden braucht. Um 4 Uhr nachmittags mußte die Polizei wegen Munitionsmangels das Feuer einstellen. Das Rathaus wurde den Sonderländern übergeben, die auf dem Gebäude die grün-weiß-rote Flagge hissten und die Republik anschießen. Bei den Kämpfen wurden 329 Personen, darunter der Führer der Schutzmannschaft, Polizeileitungsbeamter Schneider, getötet. Über 60 Personen wurden verwundet.

In Trier haben die Sonderländer die Druckereien der „Trierischen Landeszeitung“ und der sozialdemokratischen „Volkswacht“ völlig zerstört. Bei der „Volkswacht“ wurde ein junger Mann getötet.

In M. G. Labach wurde der alte Bürgermeister von den Arbeitern in das von den Sonderländern geführte Rathaus getragen. Der Sonderländer Bürgermeister kam um sein Leben. Den von den Arbeitern gebildeten Selbstschutz in Stärke von hundert Mann haben die Belgier verhaftet. Aus Miedt sind die Sonderländer geflüchtet.

### Frankreich im Bunde mit den Hochverrätern.

In Bonn marschierte Donnerstag mittag die französische Besatzung auf Befehl des Oberkommandos Trarab mit Maschinengewehren zum Rathaus und besetzte es. Die grün-weiß-rote Flagge ist wieder gehißt und die „Rheinische Republik“ wiederhergestellt worden. Gleichzeitig wird bekannt, daß der Vorsitzende der Rheinlandkommission, Trarab, bei einem Empfang des „Direktoriums der Rheinischen Partei“, die ihn von der Proklamierung der Rheinischen Republik in Kenntnis setzte, erklärte, er nehme von den Mittellagen des Direktoriums Kenntnis, könne aber andererseits bis auf weiteres das Direktorium als eine „täuschlich Machi“ nur in den Bezirken anerkennen, wo es sich der Autonomie zu bemächtigen vermöge.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 26. Oktober 1923.

Der Reichstag tritt am Montag zur Beratung des Arbeitsgesetzes zusammen.

Die Reichsregierung hat die Ausgabe wertlos rückgängig gebliebenen Geldes durch Bänder und Gemeinden von der Hinterlegung des entsprechenden Goldanleihebezuges und der Veranlagung durch den Reichsfinanzminister abhängig gemacht.

Der frühere langjährige Direktor des Preussischen Abgeordnetenhauses, Geheimrat Latte, ist im Alter von 63 Jahren gestorben.

Nach Pariser Meldungen schweben angeblich Verhandlungen über die Umwandlung der französisch-belgischen Eisenbahnregie der besetzten Gebiete in einen internationalen Betriebsanstalt unter Staatskontrolle.

Der Reichskanzler in Hagen, Reichskanzler Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Solfmann und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Fuchs, sowie der preussische Ministerpräsident Braun sind in Hagen eingetroffen, wofin sich auch der Führer der Arbeiter, Dr. Wöhrmann, befindet. Nach Hagen sind zahlreiche Vertreter aller Schichten der Bevölkerung der besetzten Gebiete berufen worden zu einer gemeinsamen Besprechung mit den Vertretern der Reichsregierung.

## Das Roseneschlößchen.

Roman von Karl Schäffling.

27) [Nachdruck verboten.]

### 12. Kapitel.

„Erde gleißt auf Erden in Gold und Braut. Erde wird Erden, bevor es Gedacht. Erde türmt auf Erden Schloß, Burg, Stein. Erde spricht zur Erden: Alles wird mein!“

Der bide Dieter drückte seine niedere Stirn an die kleine Fensterhebel des Gastzimmers und spähte mit listigen Augen erwartend auf die Dorfstraße, ob die ersehnten Trauerzüge noch nicht kämen.

Er war sich nicht recht klar, sollte er sich über den trüben, regnerischen Tag ärgern oder freuen? Schließlich legte er das Gefäß der Luft, denn seine Erfahrung sagte ihm, daß da mancher der Beiragenden, der sonst geschäftig am „Rosen Fahn“ vorbeiging, gern zu einem Schoppen eintrat, und auch das wußte er ganz genau, daß das unfreudliche Wetter den Gästen das Heimgenue ungemien erschwerte, zum Vorteil des Wirtes Geldbäse. Ja, ja, sein Berufsstand, der Besitzer der „Blauen Feder“ in der Stadt hatte ganz recht, wenn er damals als Sinnerpruch für die ephemer Gastwirtschaft vorschlug: „Freud und Leid — Gastwirtschaft!“

Der bide Dieter lächelte laut auf, hielt sich aber im gleichen Augenblicke selbst die Hand vor den Mund und schaute sich erschrocken um. Gott sei Dank! Noch war niemand in dem Raume, niemand hatte ihn gehört! Es schickte sich doch nicht für einen ledigen Wirt, heute, am Begräbnistage des Herrn Baron, so frei und aufwändig zu laden!

rang und der preussischen Regierung. In der französischen Presse werden die Besprechungen in Hagen so gedeutet, als bestrebe bei der Autonomie des Rheinlandes im Rahmen des Reiches zu verhandeln, also einen besonderen Bundesstaat Rheinland zu errichten. In Berliner amtlichen Stellen wird entschieden bestritten, daß derartige Absichten bestehen. Eine Autonomieerklärung könnte übrigens nur auf Grund einer Abstimmung im Rheinland und mit Zustimmung des preussischen Landtags und der preussischen Regierung erfolgen.

Der Dank Bayerns. Die bayerische Regierung hat dem Reichskanzler den amtlichen Dank für die Haltung der Reichsregierung bei dem Versuch, die Pfalz zu einem autonomen Staat zu machen, auszusprechen lassen, die wesentlich dazu beigetragen habe, daß der Rutschperiode in der Pfalz zusammengebrochen sei. Ministerpräsident v. Künning hat ferner eine Kundgebung erlassen, in der er der pfälzischen Bevölkerung für ihr landtägliches Verhalten und ihre Treue herzlichen Dank und höchste Anerkennung auspricht.

## Rundschau im Auslande.

Frankreich: Eine allgemeine Reparationskonferenz.

Das Pariser „Journal“ will aus London erfahren haben, daß Verhandlungen im Gange seien zwischen Frankreich, England und den übrigen Alliierten, um für den Monat Dezember in Paris eine Konferenz aller Staaten einzuberufen, die den Pariser Vertrag untersuchen haben, um auf dieser Konferenz die Frage der Wiederanbahnung und der interalliierten Schulden zu regeln. — Wie einmütig, hat auch General Smuts, der Ministerpräsident der südafrikanischen Union, kürzlich erklärt, daß derartige Verhandlungen im Gange sein sollen.

## Der Hamburger Dutsch.

Der Kommuniferaufbruch niedergeschlagen.

Der Hamburger Kommuniferaufbruch ist im Laufe des Mittwoch von der Schutzpolizei im Verein mit den Schiffmannschaften des zur Hilfe herbeigerufenen Kreuzers „Hamburg“ und einer Zehnbootflottille unterdrückt worden. Die kommunistischen Hauptführer sind entflohen. Die fast veranzagten Kommuniferaufbrüche Wambach, Bergedorf und Schiffbeck sind von der Polizei wieder genommen. Die Zahl der Gefallenen der Ordnungspolizei hat sich leider auf 15, die der Verwundeten auf 34 erhöht. Ein Beamter wird vermißt.

### Die Säuberungsaktion.

Als der kleine Kreuzer „Hamburg“ an der Landungsbrücke St. Pauli festlegte, wurde sofort eine Abteilung der Besatzung an Land geschickt und mit einem Automobil nach Wambach geschickt, um dortigen Polizei zu helfen. Die kommunisten hatten beim dortigen Bahnhof sich eine förmlich festungsbartige Stellung durch Spangararbeiten aufgebaut. Die Schikanen wurden den kühnen und ohne besonderen Widerstand von Polizisten und Matrosen gestürzt. Der Säuberungsaktion in Schiffbeck stellten die Aufwärtler sehr starke Gegenwirkungen entgegen, indem sie mit vier größeren Maschinengewehren bestückt auf die angreifende Ordnungspolizei, die von der Landungsabteilung der im Hafen liegenden Reichsmarine unterstützt wurde, feuerten. Nach erbittertem Kampf wurden alle kommunistischen Werke ausgeräumt. Am Anschlag darauf wurde auch in Bergedorf die Ruhe wiederhergestellt. Bei der Säuberung Schiffbecks und Bergedorfs wurden etwa 100 Personen, darunter mehrere kommunistische Bürgergesellschaftsmitglieder, festgenommen. In dem Gehöls beim Schützenhof in Wambach hatte sich am Mittwoch nachmittag ein kommunistischer Trupp einmietet. Wegen ihn wurde ein Angriff erfolgt, der unter schweren Verlusten der Aufwärtler dieses Wirt auswich. Aus aufgefundenem Material ergibt sich die umfangreiche militärische Vorbereitung des Aufbruchs.

### München im Reich.

Am verchiedenen Orten im Reich ist es wieder zu Feuerdemonstrationen gekommen. In Kiel versuchten die Kommunisten mit Gewalt Störungen. Es gelang ihnen nur zum Teil. Die Menge griff wiederholt die Polizei an. Ein Polizeimajor wurde durch einen Steinwurf verwundet und ein Schutzpolizist schwer verletzt. Mehrfach mußte von der Schutzpolizei Gebrauch gemacht werden. In Braunschweig wurde eine Versammlung, die aus kommunistischen Hundertschaften bestand, von einem Polizeiaufgebot umzingelt. Es gelang, 250 Personen zu verhaften. In Schöningen bei Braunschweig wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert. Es mußten Reichswehrtruppen eingesetzt werden, denen es gelang, die Streichen zu säubern. In Frankfurt a. M. wurden bei einer neuen Demonstration zwei Arbeiter getötet und vier verletzt. Ein Polizeihauptmann wurde durch einen Steinwurf verwundet. Auch in Köln mußte die Polizei von der Streich- und Schutzpolizei Gebrauch machen, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. In verchiedenen Städten des Reiches gab es ebenfalls zu Feuerdemonstrationen und Plünderungen.

## Schlusssdienst.

Frankreich leht ab.

Paris, 25. Oktober. Die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission wird von einem Teil der französischen Presse bereits abgelehnt. Der Quai d'Orsay hat schon angeordnet, Louis Barthou werde den Befehl erhalten, sich der Prüfung der Note zu entziehen, bis die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen wieder aufgenommen habe.

Ungewöhnliche Anforderungen an die Reichsbank.

Berlin, 25. Oktober. Im Reichstag macht sich wieder eine große Zahlungsmittelmangel bemerkbar. Die Reichsbank übertrifft alles bisher Dagewesene. Es wurden nicht weniger als eine Trillion Papiermark (eine Million Billionen) angefordert. Diefem ungeheuren Bedarf konnte die Reichsbank, welche die Reichsdruckerei und die Privatdruckereien bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit schon angeknüpft hat, nicht entsprechen. Die Druckereien sind am Ende der Woche auf eine Tagelieferung von „nur“ 300 000 Billionen Papiermark eingestell. Es wird natürlich alles daran gesetzt, um auch den letzten Ansprüchen zu genügen. Die Herausgabe einer Billion-Mark-Note ist in Vorbereitung. Am übrigen ist die Herstellung von kleinen und kleinsten Stücken der Goldanleihe bis herab zu ein Zehntel Dollar in vollem Gange.

Massenentlassungen im Ruhrgebiet.

Essen, 25. Oktober. Die Massenentlassungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben sich jetzt 100 000 Arbeiter betroffen.

Die pfälzische Autonomiefrage.

Speyer, 25. Oktober. Bei einer Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaft stellte General de Weyss fest, daß die Erklärung des Majors Louis im pfälzischen Kreiszeitung nicht identisch sei mit der Willensäußerung der sozialdemokratischen Unterländer, die ausdrücklich verlangt hätten, die Pfalz solle im Falle ihrer Selbständigmachung im Verband des Deutschen Reiches verbleiben. Hierzu führte der Reichsstaatsabgeordnete Hoffmann (Kaiserslautern) aus, die Sozialdemokraten würden niemals für eine autonome Pfalz zu haben sein, wenn diese nicht als zum Deutschen Reich gehörig betrachtet würde.

Die Wache für den Festschlag.

Speyer, 25. Oktober. General de Weyss hat den Legationsrat Dr. Knoch, den politischen Vertreter Bayerns in der Pfalz, ausgewiesen, allem Anschein nach aus dem Grunde, weil Knoch sich den separatistischen Wünschen der Franzosen widersetzt hat. Wie bekannt, ist die Autonomiefrage mit der Wahrung im Kreislag nicht erledigt, sondern nur verhandelt. Die Franzosen streben mit allen Mitteln den neuen Staat an und General de Weyss erklärte kategorisch, daß er den

Mäntel ab und stellen ihre altmodisch geschweiften Zylinderhüte vorzüglich als das Vorbild, das oberhalb der Kleiderhaken angebracht war.

Mit sichtbarem Wohlbehagen nahmen sie dann an dem weggelassenen Tischchen in der Fensterhänge Platz. Nur der ewig fröhliche Direktor blieb noch einige Zeit am Ofen stehen und wärmte sich Hände und Füßen an der ausströmenden Hitze.

Noch lag über der kleinen Gruppe eine fast feierliche Stille. Kam man doch eben von der Besichtigung des Schloßherrn, des hochverehrten Herrn Baron von Wattenfels.

Aber das Leben fordert kein Recht. Als der Rotwein wärmend und erregend durch das Blut pulsierte und der Baurat sein Zigarrenreuei zog, es den Herren reichlich und nun bald der weiche Duft der Saucanna eine trauliche Stimmung schuf, da wich das Steife, Ungemüßliche.

Der Direktor fand zuerst das rechte Wort, indem er in würdevoller Weise die Verdienste des Bewerbenen klar geordnet rühmte. Ein Wort gab das andere. Allmählich wurde die Rede freier, ungewohnter. Gewiß, der Baron war ein trefflicher, ein charaktervoller Mensch gewesen, . . . aber, zu rechnen, zu wirtschaften, verstand er nicht. In der Stadt mußte man mancherlei. Der Baurat, der in geschäftlichen Beziehungen zu David Weisbach hand und zu so mancher Erzherz, zog die Dauten hoch und nannte Schuldsummen, die auf dem Roseneschlößchen laßen sollten, daß die Zuführer vor launendem Schreck gleichzeitg den Mund aufließen.

Dann kam man in ein anderes Fahrwasser. Wie gut, daß der Verlorene wenigstens die Verlobung seiner Tochter noch erlebt hatte! Die ridite ja nun in gesicherte, glänzende Verhältnisse! Aber auch da wußte der Baurat so manches

autonomen Pfalzstaat haben wollte und ihn schaffen werde.

Die „neutralen“ Belgier.

Brüssel, 25. Oktober. Die deutsche Besetzung führte gellern das von den Separatisten besetzte Mathaus, verpöbelte zahlreiche Sonderbündler und gerief die auf dem Mathaus und auf dem Postamt gestifteten Plagen. Belgisches Militär und belgische Gendarmerie trieb jedoch die Menge wieder aus dem Mathaus heraus und ermüdete es den Sonderbündlern, dieses wieder zu besetzen. Starke belgische Infanterieabteilungen und belgische Gendarmerie durchzogen die Straßen der Stadt. Belgisches Militär hat die deutsche Kolonne in ihren Quartieren interniert.

Die Kommunistenunruhen bei Hamburg.

Hamburg, 25. Oktober. Nachdem der Aufruf auf hamburgisches Gebiet als beendet angesehen werden kann, haben sich einige kommunistische Bänder in der letzten Nacht auf dreifünftiges Gebiet zurückgezogen und das Kampffeld nach der Gartenstadt Wandabed verlegt. Das Polizeipräsidium in Altona hat für Gegenmaßnahmen Sorge getragen. Bei Schiffbeurteilung wurde die Leiche eines Beamten der Ordnungspolizei gefunden, den die Hamburger Arbeiter als Geisel festgesetzt und am 24. als der Anführer der Polizei einsetzte, in bestialischer Weise ermordet hatten.

Nebergewalt der Arbeiter auf Harburg.

Harburg a. d. Elbe, 25. Oktober. Die Kommunisten haben aus zahlreichen Betrieben die Arbeiter herausgeholt und den Generalstreik proklamiert. Halbwillige Kurieren pfänderten einen Waffenladen und verprügelten die Wache am Mathaus zu stürmen. Die Polizei säuberte den Platz und die angrenzenden Straßen, die mit Stacheldraht abgeperrt wurden. Die Polizei ist vollständig Herr der Lage. Zur Säuberung der Straßen mußten Maschinenzüge in Tätigkeit gesetzt werden. Die meisten Geschäfte und Schulen sind geschlossen.

Ein französischer Professor in Mainz erschossen.

Mainz, 25. Oktober. Der französische Professor Constant von der Dienstzeit im Verlauf eines Straßenkampfes von einer Granatwelle verletzt worden ist, ist im Hospital seiner Verletzungen erlegen. Ingesamt gab es im Verlaufe eines Straßenkampfes fünf Tote.

Unterdrückung des Deutschtums in Polen.

Bromberg, 25. Oktober. In Polen und Pommern haben in den letzten Tagen erneut Hausdurchsuchungen bei den Deutschen und in den Häusern der Deutschen Zeitungen und Zeitschriften gegen Sachfen. In Bromberg wurden auch die Redaktionsräume der „Deutschen Rundschau“ durchsucht. Allen Anschein nach handelt es sich um Maßnahmen, die auf Anordnung der Warschauer Regierung durchgeführt werden, um „Reneis-material“ gegen den Deutschtumsbund zu sammeln.

Bergarbeiterstreik in Sachsen.

Dresden, 25. Oktober. Die Belegschaft der Grubenfelder Braunkohlenwerke ist in den Ausstand getreten. Auch im Lugau-Delsniger Steintohlenrevier ist der Streik ausgebrochen. Die Ursache zum Streik ist neben der Unterdrückung der mitteldeutschen Bergarbeiter auch die Reichsreform gegen Sachfen. Durch den Streik ist auch das staatliche Elektrizitätswesen teilweise stillgelegt worden, das den größten Teil Sachsens sowie den größten Teil der preussischen Oberlausitz und Nordböhmen mit Strom versorgt. Die industriellen Unternehmungen mußten die Betriebe schließen. Die Zeitungen konnten nirgends erscheinen.

Die Lage in Sachfen.

Dresden, 25. Oktober. In den Ortshäusern dicht westlich Dresden greift Reichswehr mehrfach gegen Radikale, die sich zusammenrotten und die Reichswehr beschimpfen, ein. Mehrfach wurden Verhaftungen vorgenommen, darunter in Freiberg 18 Händwerker. In Bautzen wurde am 24. Oktober nachmittags ein Doppelposten von der Menge beschimpft und bedrängt. Der Posten forderte vergeblich um Auseinandergehen auf und machte darauf von der Schutzwaaffe Gebrauch. Ein Zivilist wurde erschossen und einer verletzt.

aus dem unerhörlichen Vortat seiner „geheimsten Erfahrungen“ ergänzend hinzuzufügen. Sie sollte er unter dem Siegel tiefer Verschwiegenheit mit, daß der Freiherr in der Stadt ein ganz unwürdiges Verhältnis zu einer ehemaligen Modistin unterhalte und die Baronelle Coa Marie inähnlich betriebe.

Dann folgte das Gespräch. Man schien die interessante Neugierde innerlich erst verarbeiten zu müssen.

Später brachte der Schulfeld, der auch gern etwas zur Unterhaltung beitragen wollte, die Rede auf Prolowsa und dessen unerklärliches Verschwinden. Die kühnsten Vermutungen und abenteuerlichsten Behauptungen wurden aufgestellt. Es war eine der sonderbaren Launen des Schicksals, daß in gleicher Stunde, während man im Welterder Gasthof so über den Waldward urteilte und oratelte, Graf Feodor Prolowsa in der Nebenstube des Hotels „Gug-gemoos“ in Tegernsee sah und immer wieder auf die eine Stelle einer Münchener Zeitung starrte, wo ihn unter dem Aufschrift: „Familiennachrichten“ die graufame Meldung angriff: „Dorothea Coa Marie, Baronesse von Wertenstein, verlobt mit Kurt Wolf von Dalwang, Freiherr auf Schloß Dalwang.“

Das Wirtszimmer im „Noten Dahn“ füllte sich immer mehr mit Gästen. Es waren fast ausschließlich Dörfler, die dem Herrn Baron das letzte Ehrengelieb gegeben hatten.

Es dauerte nicht lange, so wurde hier und da die kleine Stummelpfeife herausgezogen und in Brand gesetzt. Und als der blaue Dunst in Wolken emporsprang und sich füllend über die Gäste legte, da fiel von ihnen die Schwere des traurigen Ereignisses und im plaudernden Schwatze suchte das volle Herz Erleichterung. Natürlich war auch hier der verlorene Guts- und Schloßherr der

Der Berliner Notendruckerstreik verboten. — Berlin, 25. Oktober. Der Militärbeschlusshaber hat die Aufforderung zur Arbeitsstellung in lebenswichtigen Betrieben verboten. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind auch sämtliche Notendruckerien anzusehen, deren Stilllegung die Kommunisten erzwingen wollen.

Lokales und Provinzielles.

Sonntagsworte.

Wie rasch vergeht doch die Woche in unserer schnelllebigen, wechselvollen Zeit. Der Sonntag heißt uns jedesmal stillestehen und aufmerken, ob wir etwas gewonnen haben, auch an unwichtigen Dingen. Wie hätten ja sonst nutzlos gelebt, wenn wir dem Sonntag nicht näher gekommen wären. Unser Leben soll aber Frucht bringen, vor allem bleibende, unvergängliche. Dem stimmt unser Herz gewißlich zu und sagt das Gewissen uns da über Verläumdungen an, dann wollen wir es nicht leicht nehmen und wieder zurechtzufinden suchen. Die Sonntagssegnungen wollen uns darin beilässig sein.

Vom 23. Oktober ab wird den Telegraphenanstalten bis hinunter zu den Postlagenturen — jedoch unter Ausschluß der Postfilialstellen — der Guldmetzungslosh durch Kreislegatungen mitgeteilt werden, der absonn von den Telegraphenanstalten durch Auswahg veröffentlicht wird. Der täglich vom Montag bis Donnerstag den Telegraphenanstalten mitgeteilte Guldmetzungslosh gilt je für den folgenden Tag, der am Freitag mitgeteilte Guldmetzungslosh für die Zeit vom Sonnabend bis einschließlch Montag. Eine amtliche Veröffentlichung des Guldmetzungsloshes in den Tageszeitungen erfolgt nicht mehr, vielmehr hat sich jeder Pflichtige selbst bei der für ihn in Frage kommenden Telegraphenanstalt nach dem Guldmetzungslosh zu erkundigen. Der Guldmetzungslosh wird auch durch Auswahg im Finanzamt bekanntgegeben werden.

Die zweite Hälfte des Oktober hat uns abnorme Witterung gebracht. Nach recht frostigen Tagen trat eine sommerliche Erwärmung mit teilweise heftigen teilweisen trüben, schwülen Tagen ein. Mit einem beträchtlichen Barometersturz brachte der Mittwoch ein Gewitter mit stürmischen Wind und Regen. Die warme Temperatur kam uns bei den hohen Holz- und Kohlenpreisen sehr zu statten; es ist aber zubeifürchten, daß der barometrische Tiefstand einen Umschlag bedeutet und wir uns auf unfreundliches Herbstwetter gefaßt machen müssen.

Flößig. Am Dienstag nachmittag hat der Arbeiter Schm. hier seinem Leben durch Erhängen ein Ziel gesetzt. Die Beweggründe, welche den seit einem Jahre verheterten jungen Mann zu dem unglücklichen Schritt veranlaßt haben, sind nicht bekannt.

Schöneiche. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden dem Gutsbesitzer Ordnung 14 Gänse gestohlen. Die Tiere sind gleich im Stalle getötet worden.

Jesfen. (Einrichtung einer Stabkassie.) Gegenwärtig schweben zwischen Magistrat und Kirchgemeinde und einer Gruppe, bestehende aus Anbauhilfe, Handel, Landwirtschaft, und Arbeiterkassie, Verhandlungen über Errichtung einer Stadt- oder Volkskassie, aus der den hiesigen alten armen Bewohnern unentgeltlich warme Speisen verabfolgt werden sollen. Wie wir erfahren, sind zu diesem Zwecke in dantenswerter Weise schon verschiedene Lebensmittel gependelt worden und es soll ein Auftrieb in Stadt und Land veröffentlicht werden, in dem um Gaben für den obigen Zweck gebeten werden soll.

Sengda. Anlässlich eines Schloßfestes in dem benachbarten Sengda sind mehrere Personen zu Schaden gekommen. Man hatte die Wurst in einem Aufsehtessel gesetzt und hierin die Wurstspitze über Nacht stehen gelassen; am anderen Tage wurde die Wurstspitze von verschiedenen Personen genossen und erkrankten dieselben unter Vergiftungserscheinungen.

Hauptgegenstand der Unterhaltung. Was aber auch über ihn gesprochen wurde, aus all den Reden klang ein Ton echter Trauer und aufrichtiger Dankbarkeit. Baron von Wertenstein hatte verstanden die Herzen der Bevölkerung durch seine Schlichtheit und Demutlichkeit für sich zu gewinnen. Sein Andenken blieb in Welterde gegen!

Den tiefsten Schmerz um den Toten trug aber zweifellos seine Tochter, die Baronelle Coa Marie. Jetzt erst fühlte sie, wie leer, wie vereintant nun ihr ganzes Dasein geworden war, und jetzt erst ging ihr ein abendnes Verständnis von der Größe seiner forgernden Vatererde auf. Doch er in begeisterten Erregung und in entschuldbarer Verleumdung der Zeitläuften ihr Lebensglück verträumt hatte, durfte sie ihm nicht zum Vortrup machen, zumal über diese Handlung der Tod mild und verziehend seine Hand legte.

Ah, was blieb ihr nun noch? Die Tante? Gewiß war die nicht frei von Güte und edlen Regungen, aber ihre langjährigen Beziehungen zu den Hoffreien hatten ihren Sinn veräufert und für die Eitelkeit über das rein Menschliche gesetzt, auch war ja der Altersunterschied zwischen ihr und der jugendlichen Nieme so groß! Wie konnte man verlangen, daß sie das warm pulsernde Leben eines siebzehnjährigen Herzens verstehen und nachfühlen sollte!

Und ihr Bötigam, der Freiherr von Dalwang? Ihr reines Mädchenempfinden flögte ihr eine bange Scheu, ein geheimes Grauen vor dem Manne ein, dem sie doch nach Recht und Gesetz bald mit Leib und Seele angehören sollte. Und dieses Gefühl des Widerwillens hatte sich mit jedem Tage gesteigert, ihr war's, als wollten seine Blicke ihre Unschuld vergiften, und aus der übertriebenen höflichen Art seiner Reden glaubte sie Vilt, Verleumdung und Hohn herauszubören. Tat sie ihm Unrecht; täufchte sie sich?

nungen. Da schnell ein Arzt zur Stelle war, konnten schließlich Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Herberg. Wie leichtfertig heute mit den Geldscheinen umgegangen wird, zeigt folgender Fall: Ein Schulfnabe hatte am Sonntag einen Millionenchein, zeriff diesen in 8 Stücke und warf diese auf die Straße mit den Worten „der gilt nicht mehr“. Ein anderer Schulfnabe hatte 6 Millionen in seinem Besitz. Es ist bedauerlich, daß Eltern derartige Summen ihren Kindern überlassen ohne Kontrolle was sie damit beginnen. Wie sollen berartige Kinder im späteren Leben Sparsinn über können, wenn sie schon so früh den Wert des Geldes nicht achten lernen.

Wittenberg, 23. Okt. Ein größerer Menschenauflauf entstand gestern abend vor dem Lebensmittelgeschäft Petrik Nachfolger, Collegienstraße. Da der Kravall ein heftiger wurde, mußte das Geschäft geschlossen und die Schutzpolizei angerufen werden. Infolge der sich immer mehr anammelnden Menschen und Fortdauer der Kravalle bis in die späten Abendstunden mußte ein größeres Schutzpolizeigebot herangezogen werden, welches dann die Ruhe wieder herbeiführte.

Oranienbaum. Hier machte man folgende interessante Feststellung: In der vergangenen Woche kauften Händler in Radau und auch in Magistau Eier auf, die sie mit 10 und 12 Millionen das Stück bezahlten. Diefelben Eier vertauften sie auf dem Delfauer Wochenmarkt mit 25 Millionen das Stück. — Wer nicht hinter die Dinge schaut, muß natürlich die Ursache bei den „habgierigen“ Landwirten, Der Magistrat hat sämtlichen Lohnempfängern der städtischen Straßenbahn zum 31. Oktober gekündigt.

Salze, 18. Oktober. Das Ende der Straßenbahn. Der Magistrat hat sämtlichen Lohnempfängern der städtischen Straßenbahn zum 31. Oktober gekündigt.

Salze, 18. Oktober. Wie man von Amis wegen das Brot „verbilligen“ will! Eine Abordnung der Mühlensbesitzer aus Halle war dieser Tage nach Berlin gefahren um sich bei der Reichsgerichtsstelle nach den „Preisen“ zu erkundigen, da man doch wieder den trefflichen Zwangszug erlangen sollte, um den Preis zu erhöhen. Die Reichsgerichtsstelle forderte an demselben Tage an dem der Roggen in Berlin 6.1 — 6.3 Milliarden notierte, für ihre Vorräte 10.4 Milliarden je Zentner, und zwar ab Lager, so daß auch noch die gesamte Frucht vom unbekanntem Lager, das sehr wohl außerhalb der Provinz sein kann, auf die Rechnung des Müllers fallen würde. Aber selbst bei nahe gelegenen Lager würde sich das Getreide der R.-G. doppelt so teuer stellen wie das Getreide des freien Handels.

Rudolstadt, 16. Oktober. Die Staatsmahlkassie hat gegen das Saale-Geldwertwert wegen seiner neuerlichen Preisberechnung ein Verfahren wegen Preistreiber eingeleitet. — Die Spielartensteuer wird vom 22. Oktober d. Js. auf 508 Millionen je Spiel erhöht.

Erhöhte Invalidenträge. Durch die Verordnung des Reichsarbeitsamts sind die Beiträge zur Invalidenversicherung von neuem vergrößert worden, so daß das Sündentat der aufgedruckten Werte dafür zu zahlen ist. Die neuen Beiträge gelten vom 22. Oktober 1923 ab.

Uns Stadt und Land.

Der Vater vom Sohn erschlagen. In Wänden wurde der 47 Jahre alte Installateur Murr, der seine erkrankte Frau oft mißhandelt, von seinem 19 Jahre alten Sohn beim Bettinschlafen mit einem Beile erschlagen.

Todunfall eines hüringischen Industriellen. Kommerzienrat Julius Neumann in Böhmed, als Mitinhaber der Schokoladenfabrik Robert Berger in den Kreisen der hüringischen Industriellen weit bekannt, wurde im Stadtmoos bei Wöhmed mit einem Schuß im Kopf tot aufgefunden. Er ist das Opfer eines Todsunkfalls geworden, indem sich sein Gewehr beim Durchschießen eines Pulverschusses entlad.

Wagnersche für die Provinz Hannover. Auf Anregung der Handelskammer Hannover und der Land-

Selbst die Tatsache, daß Tante Regina von dem Freiherrn von Dalwang geradezu entzückt war, vermochte nicht, ihr ablegendes Gefühl und Anteil zu beeinflussen. Das alte Freizäulein konnte sich gar nicht getun tun, den Brautgarn als Mutterbild eines Obelmannes zu rühmen, ja, sie schien in der schwärmerischen Begeisterung für ihn die Trauer um den verstorbenen Schwager fast zu vergessen.

Der Dalwanger verstand es aber auch vortrefflich, sich in die Gunst der alten Dame zu legen. Sein unterwürfiger Handhuf, seine saden Schmeicheleien, das Erweilen zahlloser Ritterdienste rührten das Herz der Tante und ließen in ihrer Erinnerung die Zeiten erwachen, da sie selbst noch hübsch und begehrterwert war und mancher Kavallerist nach einem ihrer Blicke, nach einem Handbedruck schmachtete.

Die Baronelle widerte allmählich das hübsche Spiel zwischen den beiden an, und ihre Verachtung gegen den Freiherrn stieg, da er die Schwäche der eillen, aber doch gutmütigen Dame so läßt ausbeutete, und sich dann hinter deren Rücken über ihr alljährliches, geiziges Weinen vor Lachen ausschütten wollte.

Gegenwärtig sah der Freiherr mit der Verwandtschaft des Verstorbenen und den hohen Ehrengästen aus dem Trauergefolge im großen Saale und — zehle.

Fortsetzung folgt.

Erfurt, 18. Oktober. Eine Kleinigkeit für ihn. Nachdem das Erfurter Schöffengericht einen Aufrührer wegen Beamtenverleumdung zu 10 Goldmark Geldstrafe, zahlbar innerhalb 6 Monaten, verurteilt hatte, stellte er sich in Postkur, griff in die Westentasche und rief: „Die post hat mich schon bezahlet!“ Man hielt ihn beim Worte und wies ihn an die Gerichtsstelle.



